



Polen - Pressespiegel 28/2025 vom 10.07.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Das Gerangel um die Gültigkeit der Wahl wird der demokratischen Koalition schaden*
- *Das Problem, das es nicht gibt. Die Sache mit der polnisch-deutschen Grenze ist eine Farce*
- *Krzysztof Bosak an der deutsch-polnischen Grenze mit Unterstützung für „Bürgerpatrouillen“*
- *Der gewählte Präsident dankt Robert Bąkiewicz. „Er übernimmt Aufgaben, mit denen die Regierung nicht zurechtkommt.“*
- *Die Deutschen wollen das polnische Radio schließen. „Auf den Fluren des Senders sprechen sie sich gegenseitig ihr Beileid aus“*
- *Wird Tusk aus seinem schlafwandlerischen Schlummer erwachen?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Das Gerangel um die Gültigkeit der Wahl wird der demokratischen Koalition schaden



Quelle: wyborcza.pl

Von **Witold Gadomski**

In der Online-Blase der radikalen PO-Anhänger kursieren fantastische Geschichten über eine „gestohlene Wahl“. Tusk sollte diese Diskussionen mit einer unmissverständlichen Erklärung unterbrechen, dass die Wahl entschieden ist.

Die Präsidentschaftswahlen 1960 zwischen John F. Kennedy und Richard Nixon waren eine der am stärksten umkämpften und umstrittenen Wahlen in der Geschichte der USA. Kennedy erhielt 34.220.984 Stimmen, Nixon 34.108.157 Stimmen. Der Unterschied betrug landesweit nur 112.827 Stimmen. Im Wahlmännerkollegium, das darüber entscheidet, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird, erhielt Kennedy 303 Stimmen, Nixon 219, und 15 Stimmen gingen an Senator Harry Byrd, einen Befürworter der Rassentrennung. Um Präsident zu werden, waren 270 Wahlmännerstimmen erforderlich, und Kennedy übertrat diese Schwelle.

Nixon verstand, dass ein Streit über das Ergebnis Amerika nicht dienlich ist

Es sind jedoch Betrugsvorwürfe aufgetaucht. Cook County in Illinois - das Chicago und seine Vororte innerhalb seiner Grenzen umfasst - wurde von der mächtigen politischen Maschinerie des demokratischen Bürgermeisters Richard J. Daley kontrolliert. [...]

Trotz des Drucks von Politikern der Republikanischen Partei entschied sich Nixon, das offizielle Wahlergebnis nicht anzufechten, da er erkannte, dass ein Streit über die Legitimität der Wahl im Kalten

Krieg der Demokratie und der nationalen Einheit geschadet hätte. Er war ein harter Kämpfer, der auch vor unlauteren Machenschaften nicht zurückschreckte, wie die anschließende Watergate-Affäre zeigte, die seine Karriere beendete. Aber 1960 verhielt er sich verantwortungsbewusst. Die Geschichte erinnert sich eher schlecht an ihn, vor allem wegen der Watergate-Affäre, aber vor dem Hintergrund von Donald Trump kann Nixon als ein Vorbild an Integrität betrachtet werden.

[...]

War IPSOS auch an der Verschwörung beteiligt?

Die Geschichte der manipulierten (oder auch nicht) amerikanischen Wahlen von 1960 wird natürlich im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in Polen erwähnt. Es gab eine ganze Reihe von Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten, seltsame Zusammensetzungen der Wahlkommissionen, Stimmen für Rafał Trzaskowski, die Karol Nawrocki zugeschrieben wurden. Könnten die Fälschungen (wenn sie tatsächlich systembedingt und nicht zufällig waren) das Ergebnis der Wahlen beeinflusst haben? Ich bezweifle es.

Nach Angaben des staatlichen Wahlausschusses erhielt Karol Nawrocki 50,89 Prozent der gültigen Stimmen und Rafał Trzaskowski 49,11 Prozent. IPSOS meldete auf der Grundlage eines späten Exit Poll sehr ähnliche Ergebnisse. Hier kam Nawrocki auf 50,7 Prozent und Rafał Trzaskowski auf 49,3 Prozent. Während man sich (vor allem, wenn man eine lebhaftere Fantasie hat) eine Verschwörung vorstellen kann, die von der Regierung mit ihren geheimen und offenen Diensten ausgeheckt wurde, um massive Fälschungen zum Nachteil eines Regierungskandidaten zu bewirken, sehe ich nicht, wie eine ähnliche Operation bei den Wahlen durchgeführt werden kann. Es sei denn, wir gehen davon aus, dass auch IPSOS an der Verschwörung beteiligt war.

Das Gerangel schadet sowohl Polen als auch dem Machtlager

Ich befürchte, dass Karol Nawrocki ein schlechter Präsident sein wird, und ich bedaure, dass dies das Ergebnis der Wahl war. Die hurrapatriotischen Leerhülsen des gewählten Präsidenten (z. B. „polnischer Bauer, polnisches Feld, polnisches Brot auf dem polnischen Tisch“) sind mir peinlich, und ich höre nicht auf, mich zu wundern, dass die Mehrheit der Polen, auch wenn sie nur geringfügig ist, eine solche Demagogie gekauft hat. Dennoch ist Nawrocki gewählt worden, und die Unterminierung dieses Urteils durch die Opposition, insbesondere durch Teile der Bürgerlichen Koalition, schadet sowohl Polen als auch der Opposition selbst.

Erstens kann das Ergebnis nicht angefochten werden, so wie es 1960 in den Vereinigten Staaten gescheitert ist. Man kann zwar sagen, dass „etwas mit der Manipulation nicht stimmt“, aber der Weg von einer solchen Behauptung zu handfesten Beweisen ist unermesslich lang. Der Vorwurf, dass „die Wahl gestohlen wurde“, vertieft die Polarisierung und das gegenseitige Misstrauen. Auch die andere Seite befürchtet, dass jemand die Wahl „verdrehen“ will, weshalb sie sich gegen eine Neuauszählung der Stimmen sträubt. Es ist fatal - und eindeutig die Schuld der PiS -, dass die Rechtmäßigkeit der Wahlen von der Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten entschieden wird, die vom EuGH nicht anerkannt und von einem großen Teil der polnischen Juristen in Frage gestellt wird, aber für die Öffentlichkeit ist der Streit darüber, wer ein legitimer Richter ist und wer nicht, völlig abstrakt.

Die Fortsetzung des Streits (z.B. die nicht rechtzeitige Einberufung einer Nationalversammlung zur Bestätigung des Wahlurteils) wird den Machthabern schaden, d. h. die Chancen der Opposition auf einen Sieg bei den Parlamentswahlen 2027 erhöhen. Es wird unmöglich sein, die Mehrheit der Polen davon zu überzeugen, dass ihre Wahl ungültig war, weil die Politiker vor dem Obersten Gerichtshof etwas vermässelt haben. Dafür wird die heutige Opposition eine einfache Erzählung haben, dass Tusk die Wahl „unseres Karols“ mit üblen Tricks blockieren will.

Nawrocki wird als Staatsoberhaupt mit wichtigen Politikern im Ausland zusammentreffen, und wenn seine Position in Polen untergraben wird, ist das für Polen nicht von Vorteil, ganz gleich, welche Außenpolitik der Präsident verfolgt.

Die Koalition versucht nicht, der schiefen Ebene zu entkommen

Donald Tusk hat noch zwei Jahre Zeit bis zu den Wahlen, die für die Regierungskoalition schlecht ausfallen und noch schlimmere Ergebnisse bringen könnten als befürchtet - die PiS erhält eine unabhängige Mehrheit in beiden Kammern und/oder die PiS-Bund-Koalition eine verfassungsmäßige Mehrheit.

Im Moment tun die Regierenden viel, um dieses fatale Szenario für Polen und für sich selbst wahr werden zu lassen. Nach wochenlanger absurder Suche ist ein Regierungssprecher gefunden (hurra!), die Seifenoper um den Umbau der Regierung, die von der zahlreichsten zur kleinsten der Dritten Republik werden soll, geht weiter, der Streit um die Posten zwischen den kleineren Koalitionspartnern verschärft sich, und jeder von ihnen läuft Gefahr, nach den nächsten Wahlen aus dem Sejm auszuscheiden.

Donald Tusk hat dies nicht unter Kontrolle. Er legt auch keinen Aktionsplan für die nächsten zwei Jahre vor, was immer noch äußerst schwierig wäre, selbst wenn Hołownia sich nicht an den Sitz des Sejm-Präsidenten klammern und Pełczyńska-Nałęcz nicht vom Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten träumen würde.

Es ist nicht nötig, die Menschen an die Bedrohungen von außen zu erinnern, aber auch innenpolitisch sieht es schlecht aus - die Staatsfinanzen sind bis zum Äußersten strapaziert, es gibt kein Geld für die Erhöhung der Gesundheitsversorgung, die Lehrer sind in Aufruhr. Die meisten Wähler haben den Eindruck, dass sich die regierenden Politiker um sich selbst kümmern, was bedeutet, dass sich die Regierungskoalition in einer Abwärtsspirale befindet.

Da es der Bürgerplattform nicht gelingt, mit ihren zerstrittenen Koalitionspartnern etwas Konkretes zu unternehmen, das die Wähler zu schätzen wüssten, sieht sie sich der Versuchung ausgesetzt, echte Maßnahmen durch eine Kampagne zu ersetzen, die die Ergebnisse der Wahlen vom Juni untergräbt. Besonders deutlich wird dies in den sozialen Netzwerken, wo die Anhänger der „Plattform-Blase“ immer phantastischere Geschichten über Wahlfälschungen und das „echte“ Ergebnis einer Wahl, bei der „unser Kandidat“ deutlich gewonnen hat, verbreiten.

Donald Tusk schließt sich diesem Chor nicht an, aber er unterbricht die Diskussion auch nicht mit der unmissverständlichen Aussage, die Wahl sei entschieden, es gebe nichts mehr zu besprechen, und man müsse sich an die Arbeit machen, um die katastrophale Entwicklung umzukehren. Ich würde mir wünschen, dass er sich wie Nixon 1960 verhält, kühl kalkulierend, was für ihn und seine Partei, aber vor allem für das Land, das er regiert, gut ist.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,32064394,awantura-o-waznosc-wyborow-zaszkodzi-koalicji-demokratycznej.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.2.autor>



**WIR SIND GEKOMMEN, UM SIE MIT DEN GESETZEN DES FREIEN
MARKTES VERTRAUT ZU MACHEN**

Zsfg.: AV

Das Problem, das es nicht gibt. Die Sache mit der polnisch-deutschen Grenze ist eine Farce



Quelle: interia.pl

Von **Jarosław Kuisz**

„Ich erwarte, dass bei der Kabinettsitzung harte Entscheidungen zur polnisch-deutschen Grenze getroffen werden“, kündigte Minister Radosław Sikorski an. Und genau so kam es auch. Die Erklärungen zu den Vorgängen an Oder und Neiße werden immer schärfer – je aufgeblasener die Angelegenheit, desto schärfer der Ton.

Der Zufall will es, dass ich in letzter Zeit ab und zu die polnisch-deutsche Grenze überquere. Neulich mit einem internationalen Zug. Deutsche Grenzkontrollen? Ich habe keine einzige gesehen. Uniformierte schlenderten über den Bahnsteig. Gähnten. Mit schläfrigem Blick schauten sie in die Waggons. Sie kontrollierten nichts. Überprüften nichts. Höchstens zupften sie an den Gürteln über ihren sich wölbenden Bäuchen.

Keine Spur, kein Ton

Die ganze Debatte über die angeblich notwendige Abriegelung der Oder-Neiße-Grenze als Reaktion auf angebliche deutsche Superkontrollen ist eine digitale Farce.

Eine neue Migrationskrise? Ich stehe an der Grenze. Schau mich um. Und wieder sehe ich nur das Gähnen der Uniformierten. Falls sie überhaupt auftauchen.

„Zum Glück“ werfe ich einen Blick in die sozialen Medien. Dort kochen die Emotionen hoch. Die Krise an der Grenze wird gleich apokalyptische Ausmaße erreichen. Illegale Einwanderer werden schließlich

massenhaft nach Polen geschleust. So kann es nicht weitergehen! Es ist Zeit, den Deutschen zu zeigen, wo ihr Platz ist!

Die Schlussfolgerung ist einfach: Um politisch hinterherzukommen, sollte man am besten nicht vom Bildschirm weggehen. Und wenn man diesen Fehler doch macht, sollte man am besten den eigenen Augen nicht trauen.

Mit dem Krieg im Hintergrund

In Kriegszeiten bekommt man leicht den Eindruck, dass es sich um eine Form der Manipulation handelt. Vor einigen Tagen wurde in Oxford ein Bericht vorgestellt, wie russische Propaganda und Geheimdienste heute arbeiten. Dabei stellte sich heraus, dass für ein Land wie Polen niemand wirklich um Unterstützung für Russland wirbt.

Putins Leute sind nicht so dumm, um nicht zu wissen, dass das in Polen nicht funktionieren wird.

Stattdessen wählen sie eine andere Strategie: Zwietracht säen. So wurde beispielsweise bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Polen umfassend digitale Desinformation eingesetzt. Man wollte einen Keil zwischen Polen und Ukrainer treiben.

Man kann kaum übersehen, dass das bis zu einem gewissen Grad tatsächlich gelungen ist. Russische Desinformation scheint in unserem Land also zu wirken. Es geht nicht darum, Anhänger zu finden, sondern darum, zu sticheln und zu polarisieren. Und da der Boden dafür empfänglich ist, wird geheimdienstliche Tätigkeit erschreckend einfach. Man kann gar nicht oft genug an die Karriere des Agenten und Richters Szmydt erinnern, ein Beispiel dafür, wie ausländische Dienste die polnische Polarisierung auszunutzen wissen.

Daran muss man denken, wenn man sieht, wie idiotisch sich der Streit um die Westgrenze hochschauelt. Angeblich gelten seit Oktober 2023 Kontrollen, die Deutschland eingeführt hat, um illegale Migration zu stoppen. Ein Witz. Man müsste nur mal selbst zur Grenze fahren und sich anschauen, wie es in der Praxis aussieht. Wie in Warschau, so auch in Berlin: Der ganze Streit dient vor allem den Medien und der politischen Polarisierung, aber nicht dem Zweck, irgendetwas konkret zu lösen.

Die Verteidigung der Westgrenze

Aus einzelnen Vorfällen wird umso mehr Aufhebens gemacht, je weniger an der polnisch-deutschen Grenze tatsächlich passiert. Selbst wenn jemand nach Polen „eingeschleust“ würde, die Rückkehr nach Deutschland wäre nach fünf Minuten lachhaft einfach. Das ist eine Farce. Doch vor den Bildschirmen anderswo geraten die Leute ernsthaft in Erregung.

Die einen haben Angst, die anderen schlagen politisches Kapital daraus. Wieder andere machen sich einfach nur lustig. Und die Algorithmen laufen. Die Amerikaner verdienen REAL mit den sozialen Medien. Die Russen steuern vermutlich auch ihren Teil bei, schließlich führen sie REAL einen Krieg.

Da die Regierung von Donald Tusk nach der verlorenen Wahl offensichtlich geschwächt ist, trommeln die PiS-Politiker unablässig auf sie ein. Die sogenannten Bürgerpatrouillen sind nicht entstanden, um Probleme an der Grenze zu lösen, sondern um die Macht in Warschau zu erringen. Und wer weiß, vielleicht gelingt es ihnen tatsächlich, die Dinge in Richtung vorgezogener Parlamentswahlen zu treiben. Die PiS und die Konfederacja scheinen genau einen solchen Plan ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Aus demselben Grund, nämlich ihrer eigenen Schwäche, wird auch die Regierung Tusk zu Handlungen gezwungen sein. Genau deshalb wurde mit großem Tamtam die Einführung von Kontrollen auf der polnischen Seite verkündet. Die Worte von Minister Sikorski bereiten den Weg zur Lösung eines Problems, das gar nicht existiert, im Dienste eines Machtkampfs, der sehr wohl real ist.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-problem-ktorego-nie-ma-sprawa-granicy-polsko-niemieckiej-to,nld,22161016>

Krzysztof Bosak an der deutsch-polnischen Grenze mit Unterstützung für „Bürgerpatrouillen“



Quelle: wyborcza.pl

Von **Adam Zadworny**

Während die PiS einen einwanderungsfeindlichen Streit in den Stettiner Stadtrat einbringt, besuchen Abgeordnete der Konfederacja den Grenzschutz und unterstützen „Bürgerpatrouillen“ an der Grenze zu Deutschland.

Die PiS und die Konfederacja übertreffen sich selbst mit ihrer Anti-Immigrationsrhetorik, die, wie Wahlergebnisse und Umfragen zeigen, bei einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft beliebt ist. Auch die Stettiner Abgeordneten und Ratsmitglieder der PiS, die sich von ihren früheren peinlichen Fehlritten in dieser Frage nicht beirren ließen, beteiligen sich daran. So zum Beispiel der Abgeordnete Artur Szałabawka, der vor einiger Zeit das Bild einer angesehenen tunesischen Friseurin, die legal in Stettin arbeitet, als Beispiel für die angebliche Invasion illegaler Migranten veröffentlichte.

Bosak und Mulawa beim Grenzschutz in Szczecin

Diese oft absurde Berichterstattung wurde in den letzten Tagen von Nachrichten von der polnischen Westgrenze dominiert, einschließlich der westpommerschen Grenzübergänge, die von selbsternannten Freiwilligen „bewacht“ werden, die oft mit Fußballfan-Gruppen in Verbindung stehen. Das Narrativ ist immer

dasselbe: Die Deutschen schleusen ihre illegalen Migranten in Polen ein, und der polnische Staat sieht tatenlos zu. In Wirklichkeit schicken die Deutschen im Einklang mit dem Gesetz diejenigen zurück an die Grenze, die Polen durchgelassen hat.

Vor einigen Tagen veröffentlichte der stellvertretende Sejm-Sprecher Krzysztof Bosak von der Konfederacja einen Eintrag, in dem er feststellte, dass „die PO-PSL-PL 2050-Linksregierung Polen zu einem Bevölkerungspuffer für Deutschland gemacht hat. Ein Container für Abgelehnte“. Der Ko-Vorsitzende der Konfederacja erwähnte auch den Grenzschutz, der seiner Meinung nach von der derzeitigen Regierung gezwungen wird, „eine antinationale und destabilisierende Staatspolitik zu betreiben“.

Am Montag, den 30. Juni, besuchten Bosak und der Bundestagsabgeordnete Krzysztof Mulawa das Stettiner Hauptquartier des Grenzschutzes (Morski Oddział Straży Granicznej) in der Żołnierska-Straße, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Anschließend gingen sie hinaus, um Journalisten zu treffen. Vertreter der Nationalen Bewegung waren auch vor dem Hauptquartier des Grenzschutzes.

Bosak: Polnische Dienste sollten sich nicht auf das „Wort Deutschlands“ verlassen

„Wir haben ein langes Gespräch mit dem Kommandanten und seinem Stellvertreter hinter uns“, sagte Bosak. „Wir haben nach Einzelheiten gefragt, nach Zahlen, nach allem, was die öffentliche Meinung aufheizt.“

Der Aktivist der Nationalen Bewegung sagte, sie „verstehen die Verfahren, nach denen illegale Migranten von deutscher Seite an Polen übergeben werden“. Bosak sagte jedoch, dass die polnischen Behörden den Deutschen, die behaupten, dass sie nur illegal eingereiste Migranten aus Polen überstellen, „nicht aufs Wort glauben“ sollten.

„Die Deutschen fangen sie in einem 20-Kilometer-Streifen, woher wissen wir, ob sie wirklich aus Polen kommen?“ Krzysztof Mulawa sagte.

Bosak: „Wir haben die Beamten des Grenzschutzes dazu befragt. Sie sagten uns, dass sie Migranten auf der Grundlage von Erklärungen der deutschen Behörden aufnehmen. Es wäre besser, dies zu überprüfen, zum Beispiel durch einen Blick in den Inhalt ihrer Handys. Wenn es dort Bilder aus Polen gibt, ist das ein Beweis dafür, dass sie wirklich hier waren.“

„Wir wissen nicht, wie viele sie übergeben haben“

„Was uns am meisten fehlt, sind konkrete Zahlen“, sagte Bosak nach einem Treffen mit Kommandanten des Grenzschutzes. „Wir haben nicht genau herausgefunden, wie viele Migranten hier auf der Grundlage dieses Verfahrens an Polen übergeben wurden“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Konfederacja und deutete an, dass die Grenzschutzbeamten keine Zahlen nennen wollten, weil sie „kein grünes Licht aus Warschau dafür“ hätten.

Auch Politiker der Partei von Sławomir Mentzen erklärten, sie hätten Dutzende von Fragen an den Grenzschutz schriftlich hinterlassen. Sie behaupteten, dass sie es der Regierung übel nehmen, „Verfahren zu missbrauchen“. Sie wiesen darauf hin, dass viele Migranten keine Dokumente haben, sodass nicht klar ist, wer sie sind.

Bosak an die selbsternannten „Aufpasser“: Glückwunsch zu Ihrer Entschlossenheit

Vom Hauptquartier des Grenzschutzes aus fuhren die Abgeordneten zum polnisch-deutschen Grenzübergang in Lubieszyn zu den selbst ernannten „Wächtern“, um sie zu unterstützen. Begleitet wurden sie u. a. vom Abgeordneten der PiS Zbigniew Bogucki, dem ehemaligen Woiwoden von Westpommern. Auf seinem Facebook-Profil schrieb Bosak: „Wenn die Regierung ihre grundlegenden Aufgaben nicht wahrnimmt, organisieren sich die Polen von unten und bewachen die polnische Grenze. Zusammen mit den Europaabgeordneten Krzysztof Mulawa, Michał Nieznański, Magdalena Sosnowska und lokalen Aktivisten der Konfederacja sind wir am Grenzübergang in Lubieszyn, wo wir Polen treffen, die definitiv besser verstehen, was im Interesse unseres Landes ist, als die in Polen regierende KO-PSL-PL2050-

Linkskoalition. Wir beglückwünschen alle Beteiligten zu ihrer Entschlossenheit, die Grenze zu schützen. Dies ist ein Beispiel für gelebten und gut verstandenen Patriotismus“.

Zsfg.: JP

<https://szczecin.wyborcza.pl/szczecin/7,34939,32068234,co-rozgrzewa-bosaka-wicemarszalek-sejmu-z-poselska-wizyta-w.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

Der gewählte Präsident dankt Robert Bąkiewicz. „Er übernimmt Aufgaben, mit denen die Regierung nicht zurechtkommt.“



Quelle: rp.pl

Das erste Thema in der Sendung „Gość Wydarzeń“ war die Situation an der Grenze, wo aus Deutschland massenhaft illegal eingereiste Migranten zurückgewiesen werden sollen. Premierminister Donald Tusk kündigte an, dass Polen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Erwägung ziehe, falls weiterhin Fälle illegaler Rückführungen von Migranten aus Deutschland nach Polen auftreten. Am Montag fand eine Lagebesprechung mit der Leitung des Innenministeriums, der Grenzschutzbehörde, dem Militär und der Polizei statt, bei der die Situation an allen Staatsgrenzen bewertet wurde.

Die Lage an der Grenze zu Deutschland: Nawrocki will „nicht gleichgültig bleiben“

Karol Nawrocki ist der Ansicht, dass Deutschland Polen in dieser Angelegenheit nicht wie einen Partner behandelt. Am meisten jedoch, so sagte er, beunruhige ihn, dass die Regierung von Donald Tusk nach dem Prinzip *divida et imperam*, teile und herrsche, handle und es so weit gebracht habe, dass es zu Spannungen zwischen Angehörigen des Grenzschutzes und Vertretern der Zivilgesellschaft komme. „Ich möchte allen danken, allen voran Robert Bąkiewicz, dass sie Aufgaben des Staates übernehmen, mit denen die derzeitige Regierung nicht zurechtkommt“, sagte Nawrocki. Er bezeichnete die Lage an der Grenze als „dramatisch“ und erklärte, dass er nach dem 6. August, also nach seiner Vereidigung, „nicht gleichgültig gegenüber dieser Situation bleiben“ werde. Zudem kündigte er die Einberufung des Ministerrates an.

Robert Bąkiewicz, ehemaliger Vorsitzender des Unabhängigkeitsmarschs-Vereins, Gründer und Leiter der Nationalwache und derzeit Anführer der Bewegung zum Schutz der Grenzen (Ruch Obrony Granic), ist an der polnisch-deutschen Grenze sehr aktiv. Dort organisiert und koordiniert er anti-migrantische Aktionen.

Bąkiewicz wirft den deutschen Behörden vor, absichtlich illegale Migranten auf polnisches Territorium zu schleusen, und behauptet, dass die deutsche Polizei bewusst gegen das Gesetz verstoße, indem sie versuche, polnische Patrouillen zu umgehen.

„Einige haben besonnen gehandelt“

Auf die Kontroverse angesprochen, dass über die Gültigkeit der Präsidentschaftswahl die Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts entscheiden soll, deren Rechtmäßigkeit unter anderem vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Frage gestellt wird, antwortete Karol Nawrocki, dass diejenigen, die diese Kammer nicht anerkennen, konsequenterweise auch das Amt von Premierminister Donald Tusk, die Parlamentswahl und die Europawahl anzweifeln müssten, da dieselbe Kammer über deren Gültigkeit entschieden habe.

„Ich denke, das ist ein Weg ins Nichts“, sagte Nawrocki. Er ergänzte, dass etwaige Unregelmäßigkeiten aufgeklärt werden sollten, es jedoch beunruhigend sei, die Autorität der Staatlichen Wahlkommission und der über 300.000 Menschen in den lokalen Wahlkommissionen infrage zu stellen.

Nawrocki ist der Meinung, dass es während der „Neurose mancher radikaler Politiker“, die nach der Verkündung der Wahlergebnisse ausgebrochen sei, auch Personen gegeben habe, die „besonnen“ reagierten, namentlich nannte er dabei den Sejmmarschall Szymon Hołownia und Vizepremier Władysław Kosiniak-Kamysz.

Karol Nawrocki über die Zusammenarbeit mit der Regierung: „Die Regierung Donald Tusks stürzt sich selbst“

Auf die Frage, ob es ein gemeinsames Ziel von ihm und Jarosław Kaczyński sei, die Regierung von Donald Tusk zu stürzen, erklärte Karol Nawrocki, dass man angesichts der Geschehnisse nach der Wahl und der Lage an der Grenze sehen könne, „dass diese Regierung keinen bereits vereidigten Präsidenten Karol Nawrocki braucht, um sich Tag für Tag selbst zu stürzen“.

„Ich werde alles tun, damit Polen so stark wie möglich ist. Wenn sich die Regierung Donald Tusks angesichts meiner aktiven, dynamischen Politik zur Stärkung des Landes weiterhin selbst demontiert, dann wird sie am Ende aufhören zu existieren“, so Nawrocki.

„Ich werde meine Erfahrungen mit Minister Sikorski teilen, wie man mit einem Präsidenten spricht“

In dem Gespräch wurde erwähnt, dass Außenminister Radosław Sikorski dem designierten Präsidenten kürzlich angeboten hatte, sich von Vizeministern briefen zu lassen, damit das zukünftige Staatsoberhaupt „sich einarbeiten und die Position der Regierung kennenlernen kann“.

Nach Ansicht von Karol Nawrocki zeigt dieses Angebot, dass Sikorski zur „logisch denkenden“ Gruppe innerhalb der Koalition gehöre, die seinen Wahlsieg anerkennt – was er als die einzige positive Seite dieses Vorschlags bezeichnete.

„Ich könnte Minister Sikorski briefen, wie man Institutionen, die einem unterstellt sind, richtig führt, denn das Außenministerium hat derzeit viele Probleme, sowohl intern als auch extern. Sein Chef hat es in anderthalb Jahren nicht geschafft, sich mit dem Präsidenten Polens zu verständigen, der laut Verfassung das Ernennungsrecht für Botschafter hat. Deshalb werde ich Minister Sikorski wahrscheinlich zu gegebener Zeit einladen und meine Erfahrungen mit ihm teilen, wie man mit dem Präsidenten Polens spricht“, erklärte Nawrocki.

Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenausschüttung in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl

Nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, in der Karol Nawrocki mit rund 370.000 Stimmen Vorsprung als Sieger hervorging, wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenausschüttung in verschiedenen Wahlkommissionen bekannt. Am häufigsten handelte es sich um die fehlerhafte Zuordnung von Stimmen an die Kandidaten, unter anderem in Krakau, Danzig, Bielsko-Biala und anderen Städten, wo die Ergebnisse von Karol Nawrocki und Rafał Trzaskowski vertauscht worden waren.

Medien und statistische Analysen wiesen darauf hin, dass in mindestens einem Dutzend Kommissionen solche Fehler auftraten; insgesamt wurden 15 Kommissionen mit schwerwiegenden Verstößen identifiziert. Als Reaktion auf diese Berichte gingen beim Obersten Gericht rund 56.000 Wahlproteste ein.

Generalstaatsanwalt Adam Bodnar beantragte eine Neuausschüttung der Stimmen in fast 1.500 Wahlkommissionen (genau 1.472), in denen Unregelmäßigkeiten festgestellt worden waren.

Die Staatsanwaltschaft leitete sechs Ermittlungsverfahren wegen Unregelmäßigkeiten in Wahlkommissionen ein, unter anderem in Bielsko-Biala, Kattowitz, Krakau und Kamienna Góra. Der Oberste Gerichtshof prüft derzeit die eingegangenen Proteste und soll am 1. Juli über die Gültigkeit der Wahl entscheiden.

Das Urteil über die Gültigkeit der Wahl wird von der Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts gefällt. Genau diese Kammer ist im Wahlgesetz sowie im Gesetz über den Obersten Gerichtshof als zuständig für die Prüfung von Wahlprotesten und die Feststellung der Gültigkeit der Präsidentschaftswahl benannt worden.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/polityka/art42624831-prezydent-elekt-dziekuje-robertowi-bakiewiczowi-wypelnia-te-funkcje-z-ktorymi-nie-radzi-sobie-rzad>

Die Deutschen wollen das polnische Radio schließen. „Auf den Fluren des Senders sprechen sie sich gegenseitig ihr Beileid aus“



Quelle: interia.pl

Die Deutschen wollen die polnische Redaktion des öffentlich-rechtlichen Senders RBB in Berlin schließen, die seit über 30 Jahren in der deutschen Hauptstadt tätig ist. Es geht um den Radiosender Cosmo, der unter anderem auf Polnisch sendet. Das Radio, das sich vor allem an in Deutschland lebende Polen richtet, ist Opfer einer Medienreform und von Einsparungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geworden. Offiziell wurde noch keine Entscheidung getroffen, doch nach Informationen von Interia hat die Geschäftsführung des Berliner Senders bereits über das Schicksal der Station entschieden.

Radio Cosmo ist vielen Polen, die in Berlin und im Westen des Landes leben, gut bekannt. Ursprünglich firmierte es unter dem Namen Radio Multikulti und sendete Programme in fast 20 Sprachen. Es war ein Symbol des multikulturellen Berlins.

Doch im Jahr 2008 begannen die ersten Veränderungen und eine Reduzierung der Redaktion. Ein Kompromiss war die Gründung einer Station mit dem Namen Funkhaus Europa, einer Kooperation öffentlich-rechtlicher Sender aus Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Im Zuge einer inhaltlichen Neuausrichtung erhielt der Sender schließlich seinen heutigen Namen: Radio Cosmo.

Das ist kein kommerzielles Radio, das ist ein Auftrag.

Die Journalistinnen und Journalisten der polnischen Redaktion produzieren seit Jahren Sendungen, die für die Polen in Deutschland wichtig und äußerst hilfreich sind. Ins Studio werden polnische Künstler,

Schriftsteller und gesellschaftlich engagierte Menschen eingeladen. Sie sprechen über Politik, Kultur und über Themen, die die in Deutschland lebenden Polen beschäftigen.

Mit der Zeit gehend, haben die Macher viele ihrer Sendungen ins Netz verlegt. In zahlreichen Podcasts geben sie auch Polen, die nach Deutschland kommen, wertvolle Tipps, wie man sich hier ein Leben aufbauen kann und was man wissen sollte, wenn man diesseits der Oder wohnt.

Seit einem Jahr Unsicherheit und das Gespenst der Schließung

Von einer möglichen Einstellung von Radio Cosmo ist schon seit einem Jahr die Rede. Das Programm ist zum Opfer zweier grundlegender Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geworden. Die Angelegenheit ist äußerst kompliziert, vor allem wegen der föderalen Strukturen in Deutschland.

Die öffentlich-rechtlichen Medien sind Eigentum der Bundesländer und bilden gemeinsam eine Organisation, den sogenannten Verbund unabhängiger regionaler Sender (ARD). Das verursacht enorme Kosten, denn jedes Bundesland betreibt zum Teil bis zu zehn Radiosender und mindestens einen Fernsehsender. Die Strukturen sind stark ausgebaut. Manche scherzen sogar, dass die Bürokratie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk größer sei als seine Reichweite. Ein Beispiel: Jeder regionale Radiosender hat in Berlin einen eigenen Korrespondenten und eine eigene Verwaltung.

Die Kosten explodieren buchstäblich aufgrund der Unabhängigkeit der Bundesländer. Derzeit läuft im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine weitere Reform, mit der die Budgets gekürzt werden sollen und zum Opfer dieser Sparmaßnahmen wird nun Radio Cosmo, da die einzelnen Bundesländer die Zahl ihrer Radioprogramme auf sechs reduzieren sollen.

Zwar plant einer der Partner von Radio Cosmo, der regionale Sender WDR aus Nordrhein-Westfalen, keine Schließung, doch der Berliner Sender will dies tun, denn laut Reform muss er einen seiner Radiosender streichen. Und ausgerechnet in Berlin befindet sich die polnische Redaktion. Der Berliner Rundfunk- und Fernsehsender RBB muss rund 22 Millionen Euro einsparen, da der Sender in den vergangenen Jahren schlecht geführt wurde.

Offiziell gibt es keine Entscheidung

Offiziell ist noch keine Entscheidung über die Schließung der polnischen Redaktion in Berlin gefallen. Auf Anfrage von Interia zu den Plänen, die polnische Redaktion zu schließen, gab das Pressebüro des Berliner Senders RBB eine ausweichende Antwort: Der RBB sei an COSMO lediglich als Kooperationspartner beteiligt. Federführend in dieser Zusammenarbeit sei der Westdeutsche Rundfunk (WDR). Das Programm werde gemeinsam mit Radio Bremen und dem RBB produziert.

Der WDR als federführender Sender hat bereits öffentlich angekündigt, dass COSMO in weiterentwickelter Form auf jeden Fall erhalten bleiben soll. WDR und RBB führen derzeit entsprechende Gespräche. Viel hängt dabei einerseits von der zukünftigen Gestaltung des RBB-Staatsvertrags im Zuge der Reformen ab und andererseits von den finanziellen Möglichkeiten des RBB.

Doch laut inoffiziellen Informationen, die Interia vorliegen, soll die Entscheidung bereits gefallen sein. Es handelt sich um den Rückzug Berlins aus dem Projekt, was bedeuten würde, dass die polnische Redaktion in der deutschen Hauptstadt, ebenso wie die griechische, spanische, russische und arabische Redaktion, geschlossen werden soll. Auf den Fluren des Senders sprechen sich die Journalistinnen und Journalisten bereits gegenseitig ihr Beileid aus.

Theoretisch könnte der Sender aus Köln (WDR) die polnische Redaktion neu aufbauen, doch wie unsere Gesprächspartner betonen, erscheint dieser Vorschlag absurd: Denn gerade in Berlin wird Politik gemacht, und gerade hier spielt sich ein Großteil der deutsch-polnischen Beziehungen ab.

Proteste und Petitionen

Die Hörerinnen und Hörer sowie polnische und internationale Künstler, die oft zu Gast bei Radio Cosmo waren oder sind, sind empört. Es wurde sogar eine spezielle Petition ins Leben gerufen, die sich an die

Politiker in Berlin richtet. Die Resonanz ist groß, doch die Politik schweigt. Die Geschäftsführungen der öffentlich-rechtlichen Sender verweisen unterdessen auf die Politik, die die Medienreform angestoßen hat. Und hier schließt sich der Teufelskreis.

Die Schließung von Radio Cosmo würde einen herben Verlust für die polnische Community bedeuten. Im Rahmen seines öffentlich-rechtlichen Auftrags hat der Sender viele bedeutende Projekte und Sendungen realisiert, die in kommerziellen Medien gar nicht hätten stattfinden können. Eigentlich bleibt nun nur noch das Engagement jener Politiker, die sich mit deutsch-polnischen Beziehungen befassen, um die Station zu retten.

Zsfg.: AV

https://wydarzenia.interia.pl/zagranica/news-niemcy-chca-zamknac-polska-stacje-na-korytarzach-skladajaso,nld,22161507#iwa_source=autor

Wird Tusk aus seinem schlafwandlerischen Schlummer erwachen?



Quelle: kulturaliberalna.pl

Nach der Niederlage ihres Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen bestand die Demokratische Koalition einen Monat lang darauf, in vielerlei Hinsicht zu bestätigen, dass die Niederlage - trotz des minimalen Stimmenunterschieds - völlig verdient war.

Eine Niederlage tut natürlich weh, aber manchmal hat sie auch eine belebende Wirkung, wenn man die richtigen Lehren daraus zieht. Leider kann dies nicht von der demokratischen Koalition gesagt werden, die nach der Niederlage ihres Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen im Laufe des nächsten Monats in vielerlei Hinsicht darauf beharrte, dass sie die Niederlage trotz des minimalen Stimmenunterschieds voll und ganz verdient hat. Immer tiefer in persönliche Abrechnungen, Koalitionsstreitigkeiten, Dementis und Verschwörungstheorien verstrickt, scheint sie nun unfähig zu sein, den politischen Mechanismus selbst zu regulieren, obwohl sie ohne dies im Spiel um die Macht kaum eine Chance haben dürfte.

Warum hat es nicht geklappt?

Einen Monat nach der Niederlage sucht man also vergeblich nach einer eingehenden Diagnose der Ursachen innerhalb des Lagers. In der Zwischenzeit ist etwas sehr Wichtiges passiert - das demokratische Lager befand sich zum ersten Mal seit zwei Jahren in der Defensive, und gleichzeitig wurde das Szenario einer rechten Koalition an der Macht bei der nächsten Wahl plausibler. Leider erstreckt sich der Reflexionshorizont nach den Wahlen nur auf den Wahlkampf selbst, auf die dafür gewählte Strategie und die eingesetzten Mittel. Das heißt, nur die politische Technologie, die zweitrangig ist, da man zunächst über die immer ungünstigere gesellschaftliche Realität nachdenken sollte.

Aber schließlich ist es einfacher, alternative Geschichten zu spinnen, in denen Radek Sikorski als der vermeintlich bessere Kandidat dargestellt wird (aber wer prüft das heutzutage schon?), kulturelle Stereotypen vom zerbrechlichen Rafał aus der Elite und dem brutalen Karol aus dem Hinterhof zu reproduzieren (vorzugsweise mit einer Anspielung auf die Mrozek-Figur Edek), um eine Spirale persönlicher Abrechnungen anzukurbeln.

Letztere ist besonders angetan von den Koalitionstigern, die sich in verschiedenen Konstellationen gegenseitig zur Rechenschaft ziehen, obwohl das wenig Sinn macht. Ein Beispiel dafür ist ein kürzlich erschienener Bericht von TVN 24 über Trzaskowskis angeblich brillante Strategie der Eroberung des ländlichen Raums, die der Kandidat jedoch nicht anwenden wollte, weil er, wie ihm die Interviewpartner in dem Material vorwarfen, lieber in freundlichen städtischen Räumen herumalberte.

Keiner von ihnen stellte jedoch die grundsätzliche Frage nach den realen Potenzialen, die sich aus der Mobilisierung der Wähler auf dem Land und in den Großstädten ergeben, was die gesamte Berichterstattung praktisch nutzlos machte. Bei solchen Berichten geht es jedoch nicht um Reflexion, sondern meist nur um die Verschiebung der Asymmetrien in der Beziehung zwischen der Clearingstelle und dem geclearten Unternehmen. Es geht, kurz gesagt, um Einflussnahme.

Den Bock hetzen

Obwohl dies wahrscheinlich nicht besonders überraschend sein sollte. Schließlich war es nicht Trzaskowski, der die Wahl verloren hat, sondern sein politisches Lager. Und dabei spielten nicht die Fehler im Wahlkampf eine entscheidende Rolle, sondern in viel stärkerem Maße die weithin bekannten Versäumnisse der Koalitionsregierung vom 15. Oktober. Im Nachhinein erscheint es fast als eine Anomalie, dass der KO-Kandidat monatelang in den Umfragen vorne lag und als Favorit galt, während die politischen Formationen, die seine Basis bildeten, von einer immer deutlicher werdenden Minderheit der Wähler unterstützt wurden.

Offensichtlich muss er also über einige persönliche Imagestärken verfügt haben, oder es fehlte seinem Hauptkonkurrenten etwas, aber am Ende wurden die Einsätze dennoch realisiert und spiegelten somit das grundsätzliche Gleichgewicht der Kräfte auf der Bühne wider. Trzaskowskis Ergebnis von fast 50 Prozent im zweiten Wahlgang ist immer noch einige Prozentpunkte mehr als die Unterstützung der Koalitionsparteien zusammen.

Wer hat also mehr Schuld - das Personal des Kandidaten, das zu Recht kritisiert wird, oder vielleicht die gesamte herrschende Elite mit dem Premierminister an der Spitze, die es versäumt hat, ihrem Vertreter günstige Spielbedingungen zu bieten? Ein Maß an politischer Reife wäre es, sich selbst den Spiegel vorzuhalten, aber das wird wohl kaum geschehen, denn es ist viel sicherer, Sündenböcke zu benennen.

Fälschung der Realität

Das extremste Beispiel für dieses Ausweichen vor der Verantwortung war natürlich die „Wahlfälschung“, die jetzt glücklicherweise wieder abklingt. Erstaunlich ist, dass es meist dieselben Leute waren, die zuvor die Überzeugung geäußert hatten, dass es die PiS sei, die sich mit der angeblich unvermeidlichen Niederlage ihres Kandidaten nicht abfinden könne und mit Sicherheit versuchen werde, das Wahlergebnis zu untergraben (was übrigens keine unbegründete Intuition war), und die sich dann selbst eifrig an einem ähnlichen Unternehmen beteiligten.

Sie wurden von dem in solchen Fällen unersetzlichen Roman Giertych intoniert, der vor mehr als zwei Jahrzehnten als Mitglied des Untersuchungsausschusses in der Orlen-Affäre seine außergewöhnliche Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, serienweise Verschwörungsunsinn zu produzieren. Damals tat er dies Hand in Hand mit Antoni Macierewicz, zum Leidwesen der liberalen Öffentlichkeit, die nun - oder zumindest ein Teil von ihr - das Zwillingsspektakel des heute auf der richtigen Seite stehenden Juristen mit einem viel freundlicheren Auge betrachtet. So wurden seine sensationellen Erkenntnisse durch die Medien getragen, gestützt durch fragwürdige Analysen, die nur wenige den Mut hatten, ehrlich zu überprüfen, denn nicht jeder lächelt, wenn er später über sich als PiS-Agent liest.

Am Ende war es jedoch der Premierminister selbst, der sich am meisten verrannt hat, indem er sich zunächst von der Verschwörungstheorie distanzierte, sie dann absegnete und schließlich wieder einen Schritt zurücktrat. Es ist eher zweifelhaft, dass er das Szenario einer Annullierung der Wahl wirklich in Betracht gezogen hat. Dazu hätte er den bisher größten Rammbock der „kämpfenden

Demokratie“ einsetzen müssen, was von den meisten Polen als Raubüberfall empfunden worden wäre, und bei einer eventuellen Wiederholung der Wahl hätte der Kandidat des Regierungslagers nichts zu holen gehabt.

Mit dem Versuch, eine Verschiebung der Vereidigung Nawrockis zu erzwingen, wollte Tusk also wohl andere politische Ziele erreichen. Er sah sich jedoch mit einem unvorhergesehenen Druck konfrontiert, der angeblich hauptsächlich von außen kam, und ließ daraufhin los. Nur dass sich seine hartgesottensten Anhänger über die Verschwörungstheorie so aufgeregt haben, dass sie ihre ganze Frustration gegen den Ministerpräsidenten richten, der ihrer Meinung nach seinen politischen Instinkt und seinen Kampfeswillen verloren hat.

In ihren Augen wird Nawrocki wahrscheinlich für immer ein Usurpator bleiben, was leider den Weg für fatale Präzedenzfälle bei künftigen Wahlen öffnet. Alles in allem wäre es also besser, wenn Trzaskowski jetzt deutlichere Prügel bekommen hätte, denn dann gäbe es wenigstens keinen Grund, das Wahlergebnis infrage zu stellen. Es ist ja nichts Gutes dabei herausgekommen, niemand hat wirklich gewonnen. Aber so endet das dumme Spiel mit den Frustrationen der Menschen.

Ausgeträumte Niederlage

Der ganze Dampf ist also in die Verschleierung der Spuren geflossen, während sich in der Zwischenzeit nach den Wahlen viele Fragen ergeben haben, die alle dringend beantwortet werden müssen. Es scheint, dass wir im Rausch des großen Aufschwungs am 15. Oktober die Bedeutung der demokratischen Erneuerung als Legitimationsfaktor für die Herrschaft der Koalition bisher überschätzt haben. Hätten wir indes eine umfassendere Diagnose dieses Erfolgs, wäre es jetzt vielleicht einfacher, ein Scheitern zu vermeiden?

Schließlich hatte ein solch radikaler Wandel in den Präferenzen der jungen Wähler einige Ursachen, die wahrscheinlich wenig mit den Auseinandersetzungen um die liberale Demokratie zu tun hatten. Und es waren die Jungen, die den politischen Schwerpunkt in letzter Zeit nach rechts verschoben haben, obwohl auch hier unklar ist, wie viel davon ideologische Leidenschaft und wie viel materielle Frustration über die unerfüllten Versprechen von Tusks Team war. Wo kann man also ansetzen, um die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen?

In unseren unsicheren Zeiten verkürzen sich die Zyklen des politischen Verschleißes leider rasend schnell, wie auch in anderen Ländern zu beobachten ist. Um dem vorzubeugen, ist es notwendig, eine proaktive und innovative Politik zu betreiben, die sich auf gründliche Diagnosen stützt. Ohne diese wird die Regierungskoalition wahrscheinlich nichts erreichen.

Tusks intellektuelle Hilflosigkeit zeigte sich bereits im Sejm, als er sich bei der Begründung seines Antrags auf ein Vertrauensvotum für die Regierung an eine Reihe von Axiomen klammerte, die er von der PiS geerbt hatte. Währenddessen blühte in den Reihen seiner Formation bereits das magische Denken auf, dass der bevorstehende „Umbau“ der Regierung endlich etwas bewirken und eine nicht näher bezeichnete neue Öffnung aus dem Personalkarussell hervorgehen würde. Obwohl man den Eindruck hat, dass niemand wirklich weiß, was dies konkret bedeuten würde.

Als die PiS regierte griff Tusk manchmal auf die Metapher der „Schlafwandler“ aus dem bekannten Buch des australisch-britischen Historikers Christopher Clark über die Ursachen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs zurück. Sie diene ihm als Allegorie für moderne Gesellschaften, die sich ebenfalls von Populisten hypnotisieren lassen und deren falsche Rezepte unreflektiert übernehmen. Heute scheint der Premierminister selbst ein wenig schlafwandelnd zu sein und das gesamte demokratische Lager ins Ungewisse zu führen. Ist ein Weckruf noch möglich?

Zsfg.: JP

<https://kulturaliberalna.pl/2025/07/01/czy-tusk-wybudzi-sie-z-lunatycznego-snu/>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: teatr-polski.pl

„Es ist eine Sache, Pazifismus im Interesse der eigenen nationalen Gemeinschaft oder sozialen Gruppe zu haben, und eine ganz andere, Pazifismus auf Kosten anderer zu haben, wie der Pazifismus einiger Polen oder Deutscher gegenüber dem Krieg in der Ukraine.“

Slawomir Sierakowski - polnischer Publizist und Verleger

Quelle: https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32051277,slawomir-sierakowski-problem-ze-zbiorka-na-bayraktarmieli.html#s=S.index_topic-K.C-B.1-L.1.duzy

taz.de

Polen will Grenzen vorübergehend kontrollieren

<https://taz.de/Deutsch-Polnische-Grenze/!6097596/>

welt.de

SPD gibt Merz die Schuld für Polens Grenz-Vorstoß – „Davor warnen wir seit Jahren“

<https://www.welt.de/politik/ausland/article256331410/tusk-regierung-spd-gibt-merz-die-schuld-fuer-polens-grenz-vorstoss-davor-warnen-wir-seit-jahren.html>

bundestag.de

Zurückweisungen an der Grenze zu Polen

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1097988>

jungle.world

Marxisten für die Hamas

<https://jungle.world/artikel/2025/26/polen-linke-partei-razem-marxisten-fuer-die-hamas>

fr.de

Wegen Nato-Ziel: Wladimir Putins Außenminister verhöhnt deutschen Nachbarn

<https://www.fr.de/politik/wegen-nato-ziel-wladimir-putins-aussenminister-verhoehnt-deutschen-nachbarn-zr-93810445.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus